

SOZIALES

SoVD-Landesverband Niedersachsen, verdi und NGG richten Appell „Gesetzlicher Mindestlohn jetzt!“ an Politik**„Dem heutigen Hungerlohn folgt dann oftmals eine Hungerrente“**

Der SoVD, die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) arbeiten aktiv im Bündnis soziales Deutschland unter dem Motto „Würde hat ihren Wert - Armut ihren Preis - gemeinsam gegen Armut“ zusammen.

In einer gemeinsamen Veranstaltung in Hannover haben Vertreter der niedersächsischen SoVD-Orts- und Kreisverbände sowie Betriebs- und Personalräte einen Hannoverschen Appell „Gesetzlicher Mindestlohn jetzt!“ an die Politiker gerichtet. Darin fordern die drei Organisationen einen gesetzlichen Mindestlohn von 7,50 Euro, der per Gesetz schnell auf 9

Euro angehoben werden soll. Denn: Immer mehr Menschen in Deutschland können nicht von ihrer Arbeit leben. Durch Niedriglöhne, geringfügige Beschäftigung oder auch Arbeitslosigkeit reicht das Einkommen in vielen niedersächsischen Haushalten nicht mehr aus, um das Existenzminimum zu sichern. Davon sind dann nicht nur die Arbeitnehmer, sondern auch deren Familien und in diesem Zusammenhang besonders die Kinder betroffen.

Doch das Lohndumping hat nicht nur massive Auswirkungen auf die derzeitige finanzielle Situation vieler Arbeitnehmer, sondern hat auch Folgen für deren spätere Rente. „Niedriglohnbeschäftigung ist neben

Langzeitarbeitslosigkeit und Erwerbsminderung ein zentraler Risikofaktor für Altersarmut“, sagte die 2. Vorsitzende des SoVD-Landesverbandes Niedersachsen, Edda Schliepack, während der Veranstaltung. Heutzutage müsse ein Durchschnittsverdiener für eine Rente auf Grundsicherungsniveau etwa 25 Jahre lang Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen. In Zukunft werden es sogar 30 Jahre sein. Für diejenigen, die für Niedriglöhne arbeiten, bedeute dies, dass das Grundsicherungsniveau nicht einmal nach 45 Beitragsjahren erreicht werde. „Diesen Rentnern bleibt dann nur der Weg zum Grundsicherungsamt, das ihre erworbenen Rentenansprüche vollständig auf die Grundsicherungsleistungen anrechnet“, hob Schliepack hervor: „Dem Hungerlohn folgt dann oftmals die Hungerrente. Als Sozialverband sehen wir dringenden Handlungsbedarf, um der Gefahr eines rasanten Anstiegs von Altersarmut durch Niedriglöhne zu begegnen. Hierzu haben wir als SoVD ein Konzept vorgelegt. Ein bundeseinheitlicher gesetzlicher Mindestlohn führt auch zu höheren Renten“, unterstrich die 2. Vorsitzende.

Dem SoVD-Konzept zufolge soll jeder, der neben seiner Rente zusätzlich Leistungen der Grundsicherung im Alter und



Zahlreiche Vertreter aus SoVD-Orts- und Kreisverbänden und auch Personal- und Betriebsräte stimmten für den Appell.

bei Erwerbsminderung beziehen muss, einen Teil seiner Rente anrechnungsfrei behalten dürfen. „Mit dem von uns vorgeschlagenen gestaffelten Freibetrag von 175 Euro wäre sichergestellt, dass jeder Rentenversicherungsbeitrag zu einem Alterseinkommen oberhalb der Sozialhilfegrenze führt“, betonte Schliepack. Diese Kombination aus Mindestlohn und Rentenfreibetrag führe für die Betroffenen zu einer deutlich besseren Absicherung im Alter als es heute der Fall ist.

Und auch Silke Kettner von der Gewerkschaft NGG plädierte für einen gesetzlichen Mindestlohn: „Wir engagieren uns für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn, um da-

mit auch die Basis der sozialen Sicherung zu stärken. Unsere Initiative will die wachsende Armut vieler Menschen öffentlich zum Thema machen und für den gesetzlichen Mindestlohn werben.“

„Wir wollen, dass die Menschen bei der Bundestagswahl in diesem Jahr auch über den Mindestlohn abstimmen. Denn die Politik muss sich entscheiden. Deshalb haben die Gewerkschaften in den vergangenen Monaten betriebliche Abstimmungen über den Mindestlohn durchgeführt, um den Druck auf die Politiker zu erhöhen“, betonte ver.di-Landesleiter Siegfried Sauer in diesem Zusammenhang.



Edda Schliepack (links), Silke Kettner und Siegfried Sauer plädierten mit ihrem Appell für einen gesetzlichen Mindestlohn.

Tagung des SoVD-Landesverbandes und der Evangelischen Akademie**Auf dem Prüfstand: Das Persönliche Budget**

Seit dem 1. Januar 2008 besteht für Menschen mit Behinderungen ein Rechtsanspruch auf ein „Persönliches Budget“. Anlass genug, eine erste kritische Bewertung dieses Instruments vorzunehmen.

Deshalb veranstalten der niedersächsische SoVD-Landesverband und die Evangelische Akademie Loccum vom 14. bis zum 16. Oktober 2009 die Tagung „Ein Jahr selbstbestimmt - größere Freiheit oder größere Last?“. Mit diesem Seminar soll eine erste Bilanz dieses neuen Instruments zur Förderung der Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen gezogen und dessen bisherige Wirkungen ausgewertet werden. Gefragt werden soll danach,

wie sich das Persönliche Budget bislang bewährt hat. Sind die mit der Einführung des Persönlichen Budgets verbundenen Ziele erreicht worden und wie haben sich potenzielle Budgetnehmer auf dieses Instrument eingestellt? Schließlich geht es auch um die kritische Nachfrage, ob mit dem Persönlichen Budget den Betroffenen nicht doch mehr an Selbstbestimmung gegeben worden ist als sie eigentlich leisten können. Und welche anderen Maßnahmen gibt es oder sollte es geben, mit deren Hilfe das Ziel erreicht werden kann, ohne dabei eine möglichst umfassende Selbstbestimmung aufzugeben? Eine abschließende Podiumsdiskussion zu dem Thema

„Fluch oder Segen? Handlungsbedarf für eine erfolgreiche Umsetzung in der Praxis“ unter anderem mit Vertretern des SoVD-Landesverbandes Niedersachsen sowie dem niedersächsischen Sozialministerium runden die Tagung, die in der Evangelischen Akademie in Loccum stattfindet, ab. Die Tagungsgebühr beträgt 165 Euro inklusive Übernachtung und Vollpension. Die Anmeldung zu der Tagung im Oktober kann direkt bei der Evangelischen Akademie Loccum erfolgen (Evangelische Akademie Loccum, Andreas Siemens, Postfach 2158, 31545 Rehburg-Loccum, Tel.: 05766/81-107, Fax: 05766/81-900, E-Mail: andreas.siemens@evlka.de).

„Bildungsbarometer Inklusion“ zeigt: Niedersachsen ist Schlusslicht**Start der ersten inklusiven Schule**

Zum Schuljahr 2010/2011 wird die erste inklusive Schule in Hannover starten. Mit diesem Schulprojekt wird von dem Aktionsbündnis „Eine Schule für alle!“, dem unter anderem die Organisationen „Selbstbestimmt Leben e.V.“ und „Mittendrinn Hannover e.V.“ angehören, der Auftrag der UN-Konvention an die Länder zur inklusiven Beschulung konkret umgesetzt.

„Eine Schule für alle!“ setzt sich für die notwendigen Umstrukturierungen der Schullandschaft ein und hat in Niedersachsen Modellcharakter. Auch der SoVD-Landesverband Niedersachsen arbeitet eng mit dem Aktionsbündnis zusammen und hat unter anderem bereits einen Runden Tisch

zum Thema „Inklusive Bildung“ durchgeführt. Dabei diskutierten Vertreter des Landesverbandes mit Verbänden, Institutionen, Elterninitiativen und dem niedersächsischen Kultusministerium über den gemeinsamen Schulbesuch von behinderten und nicht behinderten Kindern. Zukünftig plant das Bündnis niedersachsenweit weitere Schulprojekte und Initiativen, deren Umsetzung auch vom Landesverband unterstützt wird.

Kürzlich hat der SoVD-Bundesverband das „Bildungsbarometer Inklusion“ vorgestellt, aus dem einmal mehr hervorgeht, dass bei der Umsetzung der UN-Konvention in Niedersachsen dringender Handlungsbedarf geboten ist. Bis-

lang bildet Niedersachsen deutschlandweit das Schlusslicht bei der Integration. Lediglich 4,7 Prozent der Kinder mit Behinderungen besuchen in Niedersachsen eine Regelschule. Zwar ist die Integration im niedersächsischen Schulgesetz verankert, in der Praxis aber beschränkt sie sich auf wenige Schulen oder kleine Regionen. Die erste inklusive Schule in Hannover soll ein erster konkreter Schritt bei der Verbesserung der Situation sein. Dabei wird es sich um eine jahrgangübergreifende Ganztageschule handeln. Pro Gruppe können jeweils sechs Kinder mit und 12 Kinder ohne sonderschulpädagogischen Förderbedarf von- und miteinander lernen.

Sozialinformationszentrum Hannover

Veranstaltungstermine

Das Sozialinformationszentrum (SIZ) Hannover bietet wieder zahlreiche kostenlose Informationsveranstaltungen an, die allen Interessierten offenstehen.

Donnerstag, 15. Oktober**Allergien in allen Lebensphasen – Worauf kann ich achten?**

Referentin: Elke Redlich

Donnerstag, 19. November**Aktuelles zur Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht – was hat sich geändert?**

Referentin: Heike Kretschmann

Donnerstag, 10. Dezember:**Aromatherapie zur Stärkung des Immunsystems – Wie und wo kann ich sie sinnvoll einsetzen?**

Referentin: Elke Gravert

Die Veranstaltungen werden im SIZ von der Unabhängigen Patientenberatung Hannover in Kooperation mit dem SoVD-Landesverband Niedersachsen durchgeführt. Beginn ist jeweils um 18.00 Uhr in der Herschelstraße 31, 30159 Hannover. Die Teilnahme an der Veranstaltung ist kostenfrei. Bitte melden Sie sich unter u.g. Telefonnummer an.

Heike Kretschmann

oder Elke Gravert

Tel. 0511/70148-81

Tel. 0511/70148-73

E-Mail: hannover@unabhaengige-patientenberatung.de

Impressum

SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V.
Herschelstr. 31, 30159 Hannover
Tel.: (0511) 70 148 0
Fax: (0511) 70 148 70
www.sovd-nds.de
E-Mail: presse@sov-nds.de

Redaktion:

Stefanie Jäkel
Tel.: (0511) 70 148 54
Christian Hoffmann (Leitung)
Tel.: (0511) 70 148 69

Bildbearbeitung und Grafik:

Barbara Dräger
Tel.: (0511) 70 148 38

Für unverlangt eingesandte Texte und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Vertrieb und Druck:
Zeitungsdruck Dierichs, Kassel